Nr. 209 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 103

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 50 Pf.
auswärts 60 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 105.— M., monatl. 35.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 35.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 69.— M., für das übrige Ausland 87.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 60.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 4. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Um die Anerkennung Sowjetrußlands

London, 4. Mai. (EP.) Der Direktorialausschuß der Gewerkschaften und der Exekutivausschuß der Arbeiterpartei sandten gestern an Lloyd George ein gemeinsames Telegramm, in dem sie erklären, daß sechs Millionen englische Arbeiter dieser beiden Organisationen der Ansicht sind, daß die Sowjetregierung sofort anerkannt werden sollte, da diese Anerkennung für die wirtschaftliche Restauration Rußlands unentbehrlich sei. Sie fordern außerdem die sofortige Zulassung Rußlands und Deutschlands zum Völkerbund; dies würde eine bessere Friedensbürgschaft sein als jeder neue besondere Friedenspakt.

London, 3. Mai. (WTB.) „Manchester Guardian" berichtet aus New York, es verlaute, daß Präsident Harding im amerikanischen Kabinett die Anerkennung Rußlands gefordert habe. Staatssekretär Hughes habe jedoch widersprochen. Hoover sei jetzt zu der Ansicht gekommen, daß Rußland anerkannt werden müsse, und zwar infolge der übereinstimmenden Berichte der Vertreter des amerikanischen Hilfswerkes in Rußland, die die Tatsache einer Umbildung des wirtschaftlichen Regimes hervorhoben.

In der gestrigen Genueser Vollsitzung hat Tschitscherin zweimal in seiner Rede ein Zusammenarbeiten mit dem Völkerbund abgelehnt und ihm, abgesehen von der Nichtmitgliedschaft Rußlands, die Anerkennung versagt.

Die französisch-belgische Aktion.

Genua, 4. Mai, 12½ Uhr mittags. (Soz. Parlamentsdienst.) Die Auseinandersetzungen zwischen Barrère und Jaspar einerseits und Lloyd George andererseits über die Bedingungen in dem Memorandum haben begonnen. Die Franzosen überlassen den taktischen Teil der Beratungen der belgischen Delegation und unterstützen alle ihre Anregungen. Lloyd George hat sowohl Barrère wie Jaspar erklärt, daß England und Italien letzten Endes selbständig vorgehen und mit den Russen Verträge abschließen werden. Es hat den Anschein, daß hinter der Aktion der belgischen Delegation auch Amerika steht.

Nach Abschluß der Genueser Konferenz werden weitere Spezialkonferenzen stattfinden. Die Bank von England hat bereits eine Beratung der Emissionsbanken nach London einberufen. Weiter ist eine Konferenz der Handelsmarine in Brüssel und eine andere über Eisenbahntarife in Paris geplant.

Italienische Blätter schreiben heute, daß Lloyd George auf einen baldigen Zusammentritt der Signatarmächte in Genua bestehe.

Die Besprechungen zwischen Lloyd George, Dr. Wirth und Rathenau haben um 12 Uhr begonnen.

Aus einem Havasbericht über die Pariser Kabinettsitzung mit Barthou ergibt sich, daß Frankreich jetzt seine angebliche Uebergehung bei der Verteilung der russischen Naphthakonzessionen zum Vorwand seiner konferenzfeindlichen Absichten nimmt. Krassin hat aber erklärt, daß er zu seinem Bedauern unter den Konzessionserwerbern Franzosen vermißt hat.

Poincarés neuester Vorwand.

Die Naphthakonzessionen der anderen.

Paris, 4. Mai. (Havas.) Der gestrige erste in Anwesenheit Barthous abgehaltene Kabinettsrat hat ausschließlich dem Zwischenfall gegolten, der durch die Beschwerde des belgischen Außenministers in der Frage der Rückerstattung des Privateigentums in Rußland hervorgerufen wurde. Barthou legte die einzelnen Stadien der Verhandlungen klar. Poincaré gab Auskunft über in Paris eingegangene Nachrichten, die den französischen Delegierten in Genua nicht zur Kenntnis gekommen sind. — Tatsächlich sollen in Genua Verhandlungen gepflogen werden, um britischen oder anderen Gesellschaften Konzessionen zu übertragen, die vor der Revolution durch Belgier oder Franzosen ausgebeutet wurden. Die Vertreter dieser französischen oder belgischen Interessen haben sich über die Flüchtigkeit erregt, mit der man auf Grund des Artikels 7 des Memorandums diesen Besitzwechsel zum Schaden der eigentlichen Besitzer vollziehen lassen wollte. Der belgische Ministerrat hat die Haltung Jaspars gebilligt und ihm wiederum die Weisung erteilt, das Memorandum nicht zu unterzeichnen. In Anbetracht dieser neuen, bis jetzt Barthou nicht bekannten Tatsachen hat der französische Kabinettsrat einstimmig beschlossen, seine Haltung derjenigen Belgiens anzupassen, weil man die Einigkeit mit Belgien über wirtschaftliche Fragen und über die Organisation herstellen muß. Heute vormittag, 10 Uhr, wird der Kabinettsrat über den Vorentwurf eines Paktes, durch den sich die Staaten verpflichten, einander nicht anzugreifen, sowie über die darin einzufügenden Garantien beraten. Am Nachmittag findet eine letzte Zusammenkunft mit Barthou statt. Die Minister werden die wirtschaftlichen Fragen prüfen, die in Genua aufgeworfen werden könnten. Man kann als sicher annehmen, daß Poincaré die Tagung eines Obersten Rates vor dem 31. Mai nicht annehmen wird.

Paris, 4. Mai. (EP.) Nach dem „Petit Parisien" hat Poincaré gestern Lloyd George mitgeteilt, daß nach seiner Ansicht der Oberste Rat nicht vor dem 31. Mai einberufen werden sollte. Lloyd George antwortete darauf, daß er befürchte, im Juni keine Zeit zu finden, um an dieser Versammlung teilnehmen zu können.

Die Londoner Presse betont, daß Frankreichs Haltung in der russischen Frage seinen schlechten Willen zeige und es für das Weitere der Konferenz verantwortlich mache. Was übrigens den französischen Vorwurf wegen der Naphthakonzessionen angeht, so hat Krassin mit Bedauern festgestellt, daß französische Kapitalisten nicht versucht haben, mit ihm zu verhandeln.

Ein anderes Rapallo.

London, 4. Mai. (EP.) Churchill bestätigte im Unterhause auf Anfrage, daß die englische Regierung bei der italienischen Regierung wegen des Abschlusses eines italienisch-kemalistischen Abkommens vorstellig geworden sei; die englische Regierung sei nicht darauf gefaßt gewesen, daß Italien getrennte Unterhandlungen mit den Kemalisten eröffnen würde.

Verhaftungen in Paris.

Paris, 4. Mai. (WTB.) Gestern wurden zwei Mitglieder der Kommunistischen Partei und eine bei der tschechoslowakischen Mission angestellte Schreibmaschinengehilfin wegen angeblicher Spionage, begangen zugunsten der Moskauer Regierung, verhaftet. Sie sollen geheime und vertrauliche Mitteilungen über die nationale Verteidigung, namentlich über die Marine und Arsenale, nach Moskau weitergegeben haben.

Ein Protest Tschitscherins.

Genua, 3. Mai. (Sonderbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.) Tschitscherin hat heute an den Präsidenten der Konferenz, Facta, eine Note gerichtet, in der er Beschwerde darüber erhebt, daß die russische Delegation nicht in der Kommission, die über Arbeiterfragen Beratungen pflegt, vertreten ist.

Reparation — Anleihe — Sanktionen.

Der in Paris eingetroffene Direktor der Deutschen Bank, Staatssekretär a. D. Bergmann, soll einen deutschen Anleiheentwurf mitgebracht haben, der eine Reihe von Steuern als Sicherheit anbiete. Mit Bergmann wird angeblich Seydoux verhandeln.

Die „Humanité" sieht in der gemeinsamen Rheinlandinspektion des französischen und des belgischen Kriegsministers, die von ganzen Generalstäben begleitet waren, ein bedrohliches Anzeichen neuer Kriegsabsichten.

Die Besatzungsmächte sollen in Washington gebeten haben, die (großenteils schon abgezogenen) Amerikaner am Rhein zu lassen — was uns jedenfalls noch lieber wäre, als daß sie durch Fochtruppen ersetzt werden. Die amerikanischen Militärsachverständigen sollen sich für das Verbleiben der USA.-Truppen am Rhein ausgesprochen haben.

Maifeierfolgen in Italien.

Rom, 4. Mai. (Intel.) Zum 1. Mai hatte die Regierung angeordnet, daß die Eisenbahn beschränkten Festtagsverkehr aufrechterhalten solle. Die Eisenbahnergewerkschaft ordnete jedoch volle Arbeitsruhe an, so daß tatsächlich nur wenige Züge, meist von Fascisten geführt, verkehren konnten.

Die Regierung hat nunmehr den Präfekten der Stadt Bologna, wo der Sitz der Eisenbahngewerkschaft ist, aufgefordert, die Vorstandsmitglieder verhaften und den Justizbehörden vorführen zu lassen, wo sie sich wegen „Aufhetzung der Arbeiter zum Verlassen eines öffentlichen Betriebes" verantworten sollen.

Der Dollar schwankt.

Die Nachrichten von der bevorstehenden Rückkehr Barthous nach Genua weckten an der heutigen Börse die Hoffnung auf eine gedeihliche Weiterarbeit der Konferenz von Genua. Es kommt hinzu, daß die Aussichten auf eine internationale Reparationsanleihe sich etwas zu bessern scheinen. Dementsprechend war man für die deutsche Mark heute fester gestimmt. Infolgedessen machte sich einiges Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln bemerkbar. Der Dollar schwankte zwischen 278 und 288. Um die Mittagsstunde stellte sich der Kurs auf 285. An der Effektenbörse war die Tendenz lustlos. Das Angebot überhob bei weitem, so daß sich erhebliche Kurssenkungen ergaben.

Festungskrieg in Irland. Irische Freistaattruppen haben das Schloß Ormonde, das letzte Bollwerk der Rebellen, nach heftigem Kampfe wieder genommen. Seit Beginn des Kampfes am Dienstag vormittag haben die Freistaattruppen 250 Gefangene gemacht. Das Parlament hat beschlossen, einen Waffenstillstand zwischen beiden Parteien zustandezubringen.

Die Besetzung Oberschlesiens durch die deutschen und polnischen Behörden beginnt am 15. Mai und wird am 15. Juni beendet sein. Innerhalb dieser Zeit ziehen die interalliierten Besatzungen ab.

Gewissenlose Treiberei.

Die Kommunisten fordern Generalstreik.

Wieder einmal suchen die Kommunisten im trüben zu fischen. Die bedauerlichen Vorgänge am Rathaus und die begreifliche Erregung der Berliner Arbeiterschaft darüber sollen zum Ausgangspunkt einer Aktion größten Stils und — wenn es nach dem Willen der Kommunisten geht — einer Bewegung von unabsehbaren Konsequenzen werden.

Die gesamte heutige Morgennummer der „Roten Fahne" ist von der ersten bis zur letzten Seite, vom Hauptblatt bis zur Beilage angefüllt von jenem hysterisch sich überschlagenden Gekreische, das wir schon von früheren Gelegenheiten als Vorboten „großer Dinge" kennen. Auf die unzähligen Gemeinheiten und Lügen einzugehen, die dabei über die Genossen Severing und Richter verbreitet werden, lohnt sich nicht, denn für einen totgeschlagenen Schwindel werden doch gleich drei neue fabriziert. Das gilt namentlich, solange die „Rote Fahne" über phantasiebegabte Mitarbeiter wie den Landtagsabgeordneten Katz verfügt, dessen blutrünstige Schilderungen — darin liegt eine gewisse Ironie des Schicksals — durch den Bericht eines Ordners, den die „Rote Fahne" gleich darauf folgen läßt, erledigt werden. Während Katz von den Schutzpolizeibeamten unterschiedslos als „Bestien" redet, betont der kommunistische Ordner zweimal, daß die ihm gegenüberstehende Beamtenabteilung sich im Gegensatz zu den Beamten, die später kamen, tadellos und sehr zurückhaltend benommen habe.

Aber was wichtiger ist: man läßt jetzt die Maske fallen und rückt mit dem Zweck der Uebung heraus. Die städtischen Arbeiter haben den 24stündigen Proteststreik beschlossen, der bereits im Gange und morgen früh beendet ist. Das letztere paßt der „Roten Fahne" ganz und gar nicht. Sie proklamiert, daß der Streik weitergehen und zum allgemeinen Generalstreik werden müsse. Die Arbeiter in den Betrieben sollen zusammentreten und die „geschlossene Aktion" der Berliner Arbeiterschaft ermöglichen.

Man versteht ohne weiteres, was das heißt. Ein Streikbeschluß in den Betrieben könnte frühestenfalls morgen zur Wirksamkeit gelangen, wenn der Proteststreik der städtischen Arbeiter sein Ende gefunden hat. Dann werden die Kommunisten natürlich von den städtischne Arbeitern verlangen, daß sie mit Rücksicht auf diese Aktion weiter im Streik verharren. Sodann werden sie versuchen, irgendwo im Reich weitere Ausstände zu entfachen, um hieraus wieder eine Verlängerung der Berliner Aktion herzuleiten. Das ganze Treiben ist um so gewissenloser, als ein positives Ziel der ganzen Bewegung überhaupt nicht angegeben wird. Man bläst zum Generalstreik, ohne zu sagen wofür und ohne sich auch nur einen Gedanken darüber zu machen, wie man die einmal entfachte Aktion mit irgendwelchen positiven Ergebnissen beenden will. Man treibt wieder einmal das frevelhafte Spiel, die Massen plan- und ziellos in eine Bewegung hineinzuhetzen, über die man dann selbst nicht mehr Herr und Meister ist. Der ganze Plan der Kommunisten besteht offenbar darin, daß es bei einem Weitertreiben der Bewegung zu neuen Zwischenfällen kommen könnte, man hofft vielleicht wie beim mitteldeutschen Aufstand von 1921 auf wirkliche Tote, nachdem die von der „Roten Fahne" Totgesagten zum großen Schmerz der Kommunisten am Leben geblieben sind.

Die Arbeiterschaft wird hoffentlich Einsicht genug besitzen, um sich nicht als Kanonenfutter für das kommunistische Agitationsbedürfnis herzugeben. Es ist ja bedauerlich, daß auch die „Freiheit" aus Konkurrenzrücksichten mit albernen Schmähgedichten auf Genossen Richter usw. in die Tonart der „Roten Fahne" einstimmt. Aber den Unabhängigen dürften sehr bald die Augen aufgehen, wessen Spiel sie damit besorgen.

Auch in Zeiten der Erregung muß sich die Arbeiterschaft darüber klar bleiben, daß Ursache und Gegenwirkung in einem vernünftigen Verhältnis zueinander bleiben müssen. Was liegt als Ursache vor? Ein überschneidiges Vorgehen untergeordneter Polizeiorgane, dessen Folgen erfreulicherweise weit weniger schwer gewesen sind, als zuerst behauptet wurde. Daß hiergegen protestiert wird, ist verständlich. Aber hieraus eine Aktion von unübersehbarer Tragweite herzuleiten, das Verhalten eines Polizeimajors zur Grundlage eines Generalstreiks zu machen, der sich vielleicht über ganz Deutschland ausdehnen soll, das ist einfach Wahnsinn, das heißt mit Kanonen auf Spatzen schießen. Das letzte und äußerste Kampfmittel der Arbeiterschaft ist nur für letzte und äußerste Situationen anwendbar, sonst wird diese Waffe zwecklos abgestumpft.

Kein Vernünftiger kann behaupten, daß hier eine Situation vorläge, in der es für das Proletariat kein anderes Auskunftsmittel gibt. Der Polizeipräsident Richter hat eine eingehende und strenge Untersuchung der Vorgänge zugesagt. Im Landtag wird zur Stunde, wo diese Zeilen erscheinen, die Sache eingehend besprochen. Und die sachlichen Forderungen, für die die städtischen Arbeiter demonstrierten, sind bewilligt. Was soll da das Ziel des

Generalstreiks sein? Wer kann solche verantwortungslose Politik gutheißen, wie die der „Roten Fahne", die die SPD.-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung anklagt, daß sie in der Bewilligung der Arbeiterforderungen nicht über den Schiedsspruch hinausgegangen sei, aber gleichzeitig in demagogischster Weise mit Worten wie „schamlose Auswucherung der breiten Massen" gegen die notwendigen Deckungsvorlagen hetzt! Man glaubt sich in die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung zurückversetzt, wo Popularitätshascher in einem Atemzuge Herabsetzung der Beiträge und Erhöhung der Unterstützungen beantragten. Eine solche Agitationspolitik muß zusammenbrechen, und wehe der Arbeiterschaft, die sich zu ihrer Unterstützung verleiten läßt.

Zweite und Dritte Internationale.

Der Parteivorstand hat in einem Telegramm nach London die Einberufung einer Sitzung des Exekutivkomitees der 2. Internationale unter Hinzuziehung von Vertretern aller angeschlossenen Sektionen beantragt, die sich mit der Frage der Entsendung von Mitgliedern der 2. Internationale in die Reunerkommission der drei Internationalen beschäftigen soll.

Bekanntlich hat Friedrich Adler die Exekutiven der drei Internationalen nach Düsseldorf eingeladen. Diese Einladung erscheint als voreilig, da der Verlauf der Berliner Konferenz gezeigt hat, wie wenig bisher die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenwirken gegeben sind. Selbst die dürftigen Zugeständnisse, die die Vertreter der Dritten Internationale im Interesse eines gemeinsamen Vorgehens gemacht haben, werden von Moskau aus lebhaft bestritten. Darum hält der Parteivorstand eine vorbereitende Beratung des Exekutivkomitees der 2. Internationale für unerläßlich.

Für weibliche Geschworene.

Bei den weiblichen Anhängern der Deutschen Volkspartei hat die Stellungnahme der volksparteilichen Reichstagsfraktion gegen das Gesetz betr. die Zulassung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen begreifliche Erregung hervorgerufen. Jetzt müssen die weiblichen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei ins Feuer, um die politische Dummheit ihrer männlichen Führer wieder gutzumachen. Die „Nationalliberale Korrespondenz" berichtet zu diesem kitzlichen Punkte aus einer Abgeordnetinnentagung der Deutschen Volkspartei:

Im Laufe der Besprechungen kam man auf die letzten Verhandlungen im Reichstage bei Annahme des Gesetzes betr. Zulassung der Frauen zum Amt der Schöffen und Geschworenen. Es wurde klargestellt, daß die Reichstagsfraktion, wie es der Abgeordnete Kahl ausgeführt hatte, zu einem kleinen Teil grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist. Andere haben es abgelehnt, weil sie eine große Gefahr in der bedingten Ablehnungsmöglichkeit der Frauen sehen. Hätte man jenen Paragraphen weggelassen, daß bei der „Glaubhaftmachung ihrer Verhinderung" die Frauen ablehnen dürfen, so hätte das Gesetz bei einer viel größeren Zahl der volksparteilichen Abgeordneten Zustimmung gefunden.

Also wenn das Recht der bedingten Ablehnungsmöglichkeit, das Rücksicht auf die Frau nimmt, nicht im Gesetzentwurf gestanden hätte, dann, ja dann hätten wahrscheinlich und möglicherweise „eine größere Anzahl" Deutschvolksparteiler für das Gesetz gestimmt! Jetzt werden die weiblichen volksparteilichen Abgeordneten ihren Wählerinnen im Lande erzählen müssen, daß man das Gesetz abgelehnt habe, weil es den Frauen das Recht läßt, das Schöffen- oder Geschworenenamt abzulehnen, wenn sie die Verhinderung glaubhaft machen können. Ob sich viele Wählerinnen finden werden, die diese naiven Ausreden glauben?

Sprechstunden der Beamtenräte. Der Beamtenausschuß des Reichstages beschloß u. a., daß der Beamtenrat bei Dienststellen mit 50 und mehr Beamten regelmäßige Sprechstunden einrichten kann, in denen die Beamten Wünsche und Beschwerden vorbringen können.

Aufforderung zum Ungehorsam.

Der Landbund für Verhinderung des Umlageverfahrens.

Eine in Stettin abgehaltene Kreisvertretertagung des Pommerschen Landbundes hat nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung" eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Die im Pommerschen Landbund vereinigten Landwirte, vom Arbeiter bis zum Großgrundbesitzer, erheben schärfsten Widerspruch gegen die von der Regierung geplante Umlage. Jeder Versuch, der Landwirtschaft erneut eine Umlage aufzuzwingen, wird den erbittertsten Widerstand des geeinigten Berufsstandes hervorrufen. Die Bauernschaft hat Mittel an der Hand, um die in der Umlage anzusehende Sonderbesteuerung der aLndwirtschaft sowohl in ihre Vorbereitung wie auch in ihrer Durchführung hinfällig zu machen und wird von ihnen rücksichtslos Gebrauch machen, auch wenn die Regierung versuchen sollte, in die Landwirtschaft Zersplitterung zu tragen.

Das ist die offene Ankündigung des Ungehorsams und Widerstandes gegen die Gesetze. Die Leute, die derartige Entschließungen fassen, sind die gleichen, die heuchlerisch versichern, das die „gesunkene Staatsautorität wiederhergestellt werden müsse". Es sind die gleichen, die alle Augenblicke nach dem Staatsanwalt schreien, wenn Arbeiter in den Streik treten.

Wir erwarten von der Regierung, daß sie sich durch diese Drohungen nicht einschüchtern läßt, sondern diesen offenen Gesetzesverächtern gegenüber die Autorität der republikanischen Staatsregierung rücksichtslos durchsetzt.

Konkurrent seines Vaters.

Wilhelms des Ehemaligen Geschichtstabellen sollen in einer „Volksausgabe" erscheinen. Offenbar rechnet der geschäftstüchtige Verleger damit, daß sich im deutschen Bürgertum reichliche hunderttausend Byzantiner finden, die für eine wertlose Stoppelei Geld aufwenden, weil sie dem Hirn des ehemlagien Monarchen entsprungen sind.

Inzwischen erhält Wilhelm aber einen scharfen Konkurrenten in — seinem Sohn, dem Exkronprinzen. Dieser hat, wie wir dem „Lokal-Anzeiger" entnehmen, einem amerikanischen Journalisten anvertraut, daß er ein Buch über die Frage der Kriegsschuld in Arbeit habe. Der Wieringer versichert sogar, daß er diese Frage „nach großen Gesichtspunkten" behandeln werde und daß er beabsichtige, „tief zu schürfen". Vielleicht soll das ein Hieb auf die minderwertige Arbeit des Papas sein.

Uns kann es nur recht sein, wenn der Wieringer „tief schürft". Dabei stößt er vielleicht auf die Person eines deutschen Kronprinzen, der während eines schweren außenpolitischen Konflikts aus der Hofloge des Reichstags der säbelrasselnden Rede des Herrn v. Heydebrand ostentativ Beifall geklatscht, der sich sodann bei seinem Vater über „den elenden Bethmann" beschwert hat, weil dieser damals der Kriegstreiberei der Nationalisten entgegentrat.

Aber so tief wird der Herr am Ende doch nicht schürfen?

Noch einmal der Zuckerwucher.

Zu dem Artikel des thüringischen Staatsministers Genossen Hartmann über den Zuckerwucher sendet uns die Zuckerwirtschaftsstelle eine Zuschrift, die das Verhalten dieses Kartells zu rechtfertigen sucht. Sie betont dabei, daß sie nicht die Aufgabe habe, eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Dies ist auch nicht behauptet worden. Ihr Zweck sei vielmehr der, „für den Rübenbauer aus dem Zuckerbau einen Rübenpreis herauszuwirtschaften, der zum Preis der Konkurrenzfrüchte (Kartoffeln, Getreide) in angemessenem Verhältnis steht". Auf deutsch heißt das, daß die Zuckerpreise hochgehalten werden sollen, und das war es ja, was Genosse Hartmann der Zuckerindustrie vorwarf.

Wenn die Wirtschaftsstelle heute behauptet, die Zuckerindustrie habe sich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft gewehrt und bei der Regierung formell Einspruch erhoben, so muß der Kenner darüber lächeln. Tatsächlich mag ein solcher formeller Einspruch vorgelegen haben. In Wirklichkeit hat aber die Zuckerindustrie schon monatelang vor Aufhebung der Zwangswirtschaft für die freie Wirtschaft in einer Weise agitiert, die erst in Regierung und Parlament die Stimmung für die Freigabe des Zuckers mit seinen verhängnisvollen Folgen für die Verbraucher und den riesigen Gewinnen für die Zuckerindustrie geschaffen hat.

Weiter behauptet die Zuckerwirtschaftsstelle, es sei nicht richtig, daß eine Anbausteigerung dem Volke vorgelogen worden ist. Tatsache ist aber, daß man unter Berufung auf die Anbausteigerung nicht nur den Zucker freigegeben hat, sondern sogar die großen aus der Zwangswirtschaft herstammenden Bestände in den beiden letzten Monaten vor der neuen Ernte unter die Verbraucher brachte, das letztere auf den Rat der Zuckerindustrie. Hier hat sich also das fachmännische Urteil wieder einmal gründlich geirrt, und man fragt, ob dieser Irrtum nicht ein wenig gewünscht worden ist. Daß die Zuckerrübenernte im Verhältnis zum Anbau bei der Dürre des letzten Jahres schlecht gewesen ist, weiß jedes Kind. Es brauchte also in dem Artikel des Genossen Hartmann nicht besonders betont zu werden.

Wenn nun die Zuckerwirtschaftsstelle ihre Preiserhöhung damit begründet, sie wolle den Landwirten einen höheren Rübenpreis im nächsten Erntejahr zahlen, so erlauben wir uns die Anfrage, was sie dazu sagen würde, wenn die Arbeiter mit Rücksicht auf die Teuerung im nächsten Jahre heute die doppelten Löhne fordern würden. Der Ankaufspreis für Rüben ist doch zweifellos aus dem Betriebskapital der Fabriken und nicht aus den Preisen des letzten Erntejahres aufzubringen. Benötigen die Fabriken aber mehr Kapital, so steht ihnen der Kapitalmarkt offen. Die Zuckerindustrie macht es sich jedoch sehr bequem, indem sie jetzt schon einfach die Preise erhöht. Die Höhe der Gewinne kann ihr ja bei der glänzenden Verschleierung ihrer Bilanzen niemand auf Heller und Pfennig nachrechnen.

Schließlich bemerkt die Zuckerwirtschaftsstelle:

„Die Zuckerwirtschaftsstelle verdammt selbst den teilweise schamlosen Wucher mit dem Zucker, der zu mäßigem Preise die Fabrik verlassen hat, auf das entschiedenste, kann aber, da sie auf die hieran beteiligten Kreise keinen Einfluß hat, nichts daran ändern."

Die Zuckerwirtschaftsstelle verdammt den Wucher, sie tut aber selbst nichts dagegen. Uns scheint: mit gutem Grunde. Denn dann müßte sie sich zuerst an ihre eigenen Mitglieder wenden.

Neuer Zwischenfall in Oberschlesien.

Ein interalliierter Motorradfahrer ist in diesen Tagen auf einer Dienstfahrt in das unbesetzte Gebiet Oberschlesiens geraten. Dabei soll er angeblich im Dorfe Eckersdorf, im Kreise Namslau, angegriffen und belästigt worden sein. Die Interalliierte Kommission hat wegen dieses Zwischenfalls bei der deutschen Regierung Beschwerde erhoben. Diese hat die deutschen Behörden angewiesen, Ermittlungen anzustellen, um den Sachverhalt klarzustellen und die Schuldigen eventuell ausfindig zu machen.

Oerters Helfershelfer.

Braunschweig, 3. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtages stand der Bericht des Untersuchungsausschusses über die vom Abgeordneten Oerter gegen Mitglieder des Staatsministeriums erhobenen Beschuldigungen auf der Tagesordnung. Abgeordneter Kaefer (Landeswahlverband) erklärte zu den Ausführungen über die einzelnen Beschwerdepunkte, daß das Ministerium nicht mehr das Vertrauen des Landtages verdiene und nicht mehr an seinem Platze bleiben könne. Er beantragte dann, der Landtag möge beschließen, die Frage zu stellen: Hat das Ministerium noch das Vertrauen des Landtages? Abg. Oerter (bei keiner Fraktion) verwahrte sich gegenüber einigen Stellen des Berichtes, die ihn und seine Familie betreffen. Einem Ministerium gegenüber, das nicht wage, selber die Vertrauensfrage zu stellen, lehne er das Vertrauen ab. Abg. Dr. Jasper (SPD.) erklärte nach längeren Ausführungen, daß seine Freunde dem Antrag Kaefer zustimmen würden. Abg. Löhr (Unabhängig) hielt die dem Ministerium vorgeworfenen Verfehlungen nicht für so schwerwiegend, daß man ihm das Vertrauen entziehen müßte. Er werde die Frage des Abg. Kaefer bejahen. Nach 3½stündiger Debatte wurde die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Der Karussellkäse.

Von Erna Büsing.

Er ist in Silberpapier eingewickelt und hat einen hochtrabenden Namen. Mithin ist er ein wirklich vornehmer Käse. Und wer es noch nicht glauben will, der muß bedenken, daß er nur streifenweise verkauft wird und in einem dünnen, runden Schächtelchen liegt. Dabei befindet er sich in wahrhaft vornehmer Umgebung. Rechts von ihm prangt ein toter Hahn, der noch als gerupfter Leichnam mit den stehengelassenen bunten Schwanzfedern lockend kokettiert, links winkt eine Dose Oelsardinen mit einem beutegierigen Ritter als Schutzmarke, auf dessen blecherner Brust das Kreuz leuchtend paradiert, und vor ihm ragen Hummerschalen aus italienischem Salat. Dabei läuft andauernd ein Ventilator, damit stets eine erträgliche Temperatur im Schaufenster ist. Wie eine hochaufragende Standarte trägt der Käse seinen Preis in sich gesteckt.

Der Käse fand seine Bewunderer. Zuerst fielen die Blicke eines jungen Mädchens auf ihn. Das hatte einst in der Hauswirtschaft schwer gearbeitet. Damals schämte es sich seiner rissigen und rauhen Hände und schlechten Fingernägel. Eifrig strebte es vorwärts. Nun sitzt es Tag für Tag an der Schreibmaschine. Es trägt jetzt Florstrümpfe, zuweilen gerade Hacken und erlebte viele Enttäuschungen. Die es zu stolz ist, sich einzugestehen. Von unbekannten Berufen sieht man nur die Lichtseiten. Diese Binsenweisheit lernte es gründlich kennen. Doch es ist noch immer vernarrt in den Schein. So wurde es auch durch das Silberpapier und den hochtrabenden Namen geblendet. Es ging in den Laden und kaufte für's Frühstückbrot — einen Streifen Käse.

Der Käse wurde aus dem Fenster geholt, drehte sich in der Hand des eilfertigen Verkäufers ein paarmal um sich selbst, wurde eines Streifens beraubt und (der Dollar stieg, der nächste Streifen kostete darum schon eine Mark mehr) wieder in das Fenster gestellt.

Dann wandte eine schlichte Frau dem Käse ihre Aufmerksamkeit zu. Mit Kummermiene und Wichtigkeit ging sie einkaufen für ihren Zimmerherrn. Früh Witwe geworden, quälte sie sich Jahr um Jahr für ihren einzigenSo hn. Der Junge lernte gut, folglich sollte er Lehrer werden. Da kam der Krieg und er fiel. Nun bekommt sie nicht einmal einen Pfennig Unterstützung, weil der Sohn die Mutter nicht ernährte. Sie hat sich ihre kleine Küche als Stube eingerichtet und ihr Stübchen, schweren Herzens ob ihrer wohlbehüteten Sachen, vermietet. Ihr Zimmerherr steht jetzt im Mittelpunkt all ihrer Interessen. Oft, wenn sie ihm eine kleine Gefälligkeit erweist, einen Brief nach der Post bringt oder dergleichen, bildet sie sich heimlich ein, sie täte es für ihren Jungen.

Der Käse machte einen guten Eindruck, sie kaufte einen Streifen für den Zimmerherrn — sie selbst hätte sich einen solchen Luxus nie erlaubt.

Der Käse wurde aus dem Fenster geholt, drehte sich in der Hand des eilfertigen Verkäufers ein paarmal um sich selbst, wurde eines Streifens beraubt und (der Dollar stieg, der nächste Streifen kostete darum schon eine Mark mehr) wieder in das Fenster gestellt.

Hernach erblickte eine Dame den Käse. Sie ist elegant und ihr Mann ist Fabrikbesitzer. Was in seiner Fabrik gegenwärtig hergestellt wird, weiß sie nicht, das geht sie auch nichts an. Ihr Mann ist außerordentlich anpassungsfähig im Geschäftsleben, er hat's nicht nötig, sich durch die Not der Zeit verblüffen zu lassen, versteht er es doch immer, an valutakräftige Ausländer zu verkaufen. Und sie versteht es, in bestrickender Harmlosigkeit Geld auszugeben. So betritt sie ohne Besinnen den Laden und kauft mehrere Streifen Käse.

Der Käse wurde aus dem Fenster geholt, drehte sich in der Hand des eilfertigen Verkäufers ein paarmal um sich selbst, wurde mehrerer Streifen beraubt und (der Dollar stieg, der nächste Streifen kostete darum schon eine Mark mehr) wieder in das Fenster gestellt.

Eigene Nachdenklichkeit will mich jetzt zur Wut gegen Ladenbesitzer und Verkäufer reizen. Aber das ist unrecht. Sie haben ein feines Geschäft an einer der feinsten Straßen. Sie sind genau so reputierlich wie die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung. Der Dollar steigt und die jedesmalige Rundfahrt des Käses muß bezahlt werden. Auf keinem Rummel fährt man umsonst Karussell. Selbst wenn der Dollar fällt, wird der Preis dieses Karussellkäses weiter steigen, daran sind Ladeninhaber und Verkäufer unschuldig. Ich bitte sie herzlich um Verzeihung, denn ich weiß es — der Käse hat es eben in sich.

Der hinausgegraulte Ziethen. Aus Jüterbog wird uns folgendes charakteristisches Begebnis berichtet. Unter den Filmkünstlern, die dort zur Herstellung des „Fridericus Rex" versammelt sind, befindet sich auch der Schauspieler Granach, dem die Rolle des Kavalleriegenerals Ziethen zugefallen ist. Seine kriegerischen Leistungen stehen auf der Höhe der Filmstrategie, und er findet bei den künstlerischen Leitern des patriotischen Unternehmens volle Anerkennung. Anders aber verhält es sich mit seinem Zivilstand. Herr Granach verfügt anscheinend nicht über den rechten Glauben, und damit erregte er Anstoß bei den Offizieren des Korps Roßbach, in deren Hände der militärische Drill der fridericianisch-Cserépyschen Truppen liegt und die — wie wir schon mitteilten — im Kasino des alten Jüterboger Lager ihre Sektgelage abzuhalten pflegen. So kam es, daß Granach-Ziethen, als er gelegentlich in der Roßbach-Tafelrunde zu erscheinen wagte, unzweideutig hinausgegrault wurde. Denn in wirklich streng teutsch-nationalen Kreisen muß auch dem Suff der christliche Charakter gewahrt bleiben.

Das werdende jüdische Palästina. Im Alhambra-Theater gab der Jüdische Nationalfonds, der zum Ankauf von Boden in Palästina gegründet ist, der Gemeingut des jüdischen Volkes bleibt und an die jüdischen Siedler in Erbpacht gegeben wird, eine Filmvorführung, die von seinem Wirken Zeugnis ablegen sollte. Man sah zunächst die „Chaluzim", die Pioniere, an der Arbeit, junge Burschen und Mädel aus den jüdischen Massensiedlungen des Ostens, die, gleichgültig ob früher Studenten oder Fabrikarbeiter, heute dort Steine klopfen, Chausseen bauen, Sümpfe ausroden, Siedlungen anlegen und so mit ihrer Hände Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Aufbau des Landes beginnen. Die Lehrfarmen und Bauerngüter des Nationalfonds, seine Oelbaumanpflanzungen, Geflügelzüchtereien, Obstbaumschulen zeigten die junge jüdische Bauernbevölkerung des Landes am Werke. Dazwischen farbenprächtige Volksszenen von den großen Jubelfesten im Lande, anläßlich der Anerkennung der jüdischen Heimstätte durch die englische Regierung, Bilder aus dem Zeltleben und aus den kargen Ruhestunden der Chaluzim, ferner steiniges Oedland in den noch nicht von den neuen Ansiedlern erschlossenen Gegenden, das in stärkstem Kontrast steht zu dem Anblick des Nationalfondslandes, auf dem das Korn rauscht und in Terrassenbauten Pfirsich-, Mandel-, Orangen- und Aprikosenbäumchen wachsen. Hier entsteht, herauswachsend aus der Arbeit junger Proletarier ein neues Gemeinwesen, in dem der Welt gezeigt wird, daß ohne Großgrundbesitz, durch das Gemeineigentum am Boden landwirtschaftlicher Fortschritt und Initiative eine schnelle und gesunde Entwicklung möglich ist.

—r.

Die strengen Kardinäle und der findige Zeitungsschreiber. Zu den geschicktesten, nie um eine List verlegenen Berichterstattern Amerikas gehört Melville E. Stone von der „Associated Preß", dessen Denkwürdigkeiten die „Times" jetzt veröffentlichen. Stone erzählt hier u. a., wie er während des Konklaves nach dem Tode Leos XIII. den Nachrichtendienst organisiert hatte. Es waren strenge Befehle gegen die Journalisten erlassen worden. Aber der „Associated Preß" war es trotzdem möglich, über alles, was im Konklave geschah, zuverlässig zu berichten. Wie das geschehen konnte, erfahren wir aus den Denkwürdigkeiten Stones. Es war ihm geglückt, einen Nobelgardisten für sich zu gewinnen. Der Mann hatte eine Taube mit ins Konklave hereingebracht, die man als harmloses und sozusagen symbolisches Tier passieren ließ. In Wahrheit aber handelte es sich um eine Brieftaube, die abgerichtet worden war, nach dem Bureau der „Associated Preß" zu fliegen. Jeden Tag nahm die Taube ihren Weg aus dem Vatikan nach der Redaktion. Kardinal Rampolla war aber schließlich der Sache doch auf die Spur gekommen und hatte den Befehl gegeben, die Taube zu töten. Stone ließ sich jedoch nicht aus der Fassung bringen. Er hatte bald einen neuen Plan erdacht, der ihn auch glücklich zum Ziele führte. Wäschezettel, die mit der Wäsche des Kardinals aus dem Vatikan herausgingen, und ärztliche Rezepte, die nach der Apotheke gebracht wurden, waren nichts anderes als in Geheimschrift geschriebene Berichte, die dann dem Bureau der „Associated Preß" übermittelt und dort dechiffriert wurden.

Neues Theater am Zoo. Das für heute angekündigte Gastspiel der Kaukasischen Tanzgruppe Kleziwa muß auf morgen, den 5., verschoben werden. Die für heute gelösten Karten behalten für morgen ihre Gültigkeit.

Kunstgeschichtliche Vorträge. Der Verband der Studierenden der Kunstgeschichte veranstaltet in den nächsten Wochen eine Reihe von Vorträgen zugunsten seines Stipendienfonds. Namhafte Kunsthistoriker haben sich zur Verfügung gestellt. — Es werden sprechen: am Freitag, 5. Mai, Reichskunstwart Dr. Redslob über „Kunst und Kunstgewerbe im heutigen Deutschland". — Freitag, 12. Mai, Prof. Mackowsky über „Rubens" (mit Lichtbildern). — Freitag, 19. Mai, Geheimrat Prof. Dr. Waetzoldt über die „Krise in der Kunst der Gegenwart". — Freitag, 26. Mai, Prof. Geheimrat Goldschmidt über „Modernen und mittelalterlichen Expressionismus" (mit Lichtbildern). — Die Vorträge finden abends 8 Uhr im Auditorium 1 des Kolleghauses der Universität statt. Karten zu 20—10 M. (Studenten 3 M.) im Kunstgeschichtl. Seminar, Behrenstr. 40, Eingang Kaiser-Franz-Joseph-Platz.

Rathaussturm im Landtage.

Bei Beginn der heutigen Landtagssitzung kam es sofort zu heftigen Szenen. Nachdem Präsident Leinert mitgeteilt hatte, daß außer der großen kommunistischen Anfrage über die Vorgänge vor dem Berliner Rathause

auch noch eine deutschnationale große Anfrage

eingegangen ist, in der von „Zusammenrottungen", dem „Terror der Straße" usw. die Rede ist, ferner ein unabhängiger Antrag über den Waffengebrauch der Schutzpolizei, ergriff der Abgeordnete Katz (Komm.) das Wort zur Geschäftsführung und machte folgende Ausführungen:

Nach uns zugegangenen Mitteilungen sind in den Häusern in der Nähe des Landtages und im Landtage selbst bewaffnete Schupobeamte untergebracht. (Lärm bei den Kommunisten.) Man beabsichtigt hier offenbar dasselbe wie vor dem Rathause. Es ist wohl noch nicht genug Blut geflossen. Wir haben nicht die Absicht, unter der Aufsicht von Schupo hier zu verhandeln. Dem Publikum werden die verfügbaren Tribünenkarten verweigert. (Protestrufe der Kommunisten.) — Als Major Kaupisch, der Kommandeur der Berliner Schutzmannschaft, die Regierungstribüne betritt, protestieren die Kommunisten lärmend, unter Zurufen wie „Bluthund" usw., gegen seine Anwesenheit. Die Abgg. Schulz-Neukölln und Paul Hoffmann (Komm.) bringen unter Beschimpfungen auf Major Kaupisch ein. Abg. Stendel (D. Vo.) drückt den Abg. Paul Hoffmann an der Brust und drängt ihn zurück. Abg. Limbertz (Soz.) versucht, die aufgeregten kommunistischen Abgeordneten zu beruhigen. Als der Lärm andauert,

verlassen Präsident Leinert und die Schriftführer das Präsidium.

Die Sitzung wird auf einige Minuten unterbrochen, währenddessen sich die Abgeordneten aufgeregt besprechen. Insbesondere zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten entspinnt sich ein lebhafter Wortwechsel.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung betont Präsident Leinert unter lebhafter Zustimmung des Hauses, daß die Vorgänge, die sich eben abgespielt haben, alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Er habe bereits im Aeltestenrat gesagt, daß er auf die Anordnungen der Behörden außerhalb des Hauses, also auch auf die Belegung der Umgegend, mit Schutzpolizei keinerlei Einfluß habe und nicht befugt sei, hier Anordnungen oder Ratschläge zu erteilen. Was die behauptete Anwesenheit von Polizei im Hause selbst anbetrifft, so habe er festgestellt, daß tatsächlich ein Polizist die Portierloge betreten habe, um zu telephonieren. (Große Heiterkeit.) Er, der Präsident, habe strenge Anweisung erteilt, Schutzpolizei in das Gebäude, aus welchem Grund auch immer, nicht hineinzulassen. Die Geschäftsordnung gebe die Mittel, einzelne Abgeordnete an Ausschreitungen zu hindern. Kein Abgeordneter habe das Recht, sich an Regierungsvertreter zu vergreifen, die in pflichtgemäßer Ausübung ihres Amts anwesend sind. Sie stehen genau so unter dem Schutz des Präsidenten wie die Abgeordneten. Sollten sich derartige Angriffe wiederholen, so werde er

von allen Mitteln der Geschäftsordnung gegen die Täter Gebrauch machen.

Nunmehr beschwert sich Katz darüber, daß seine Partei nicht genug Tribünenkarten erhalten habe. Katz fordert die übrigen Parteien auf, ihm Eintrittskarten zur Verfügung zu stellen.

In seinen weiteren Ausführungen zur Geschäftsordnung polemisiert Katz gegen den Präsidenten Leinert und bezeichnet das Auftreten Kaupischs im Landtag als Provokation. Nach ihm ergeht sich sein Kollege Schulz-Neukölln — gleichfalls zur Geschäftsordnung — in wüsten Schmähreden und Beschimpfungen; er wird zur Ordnung gerufen.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung: Wahl der Wahlprüfungskommission. Dieser Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt und es beginnt nunmehr die Beratung der kommunistischen Interpellation über die Vorgänge am Rathaus. Als Redner der KPD. ergreift zur Begründung der Großen Anfrage der Abgeordnete Geschke das Wort.

(Die Sitzung dauert weiter.)

Frassecks Ausschluß aus der KPD.

Zu dieser Notiz erhalten wir von einem älteren Genossen folgende Mitteilung: Die in Nr. 206 des „Vorwärts" gebrachte Nachricht über die Veruntreuungen Paul Frassecks hat mich nicht weiter überrascht, weil ich aus Erfahrung weiß, daß solche Dinge bei Kleinigkeiten anfangen und sich dann allmählich auswachsen. Interessant war mir jedoch die Tatsache, daß die jetzigen Parteifreunde des Frasseck auch in diesem Falle ernten, was sie selbst gesät haben.

Frasseck war nämlich eine Zeit lang Vorsitzender des Sozialdemokratischen Wahlvereins Niederschöneweide und ließ sich im Jahre 1915 vom Kreisvorstand Teltow-Beeskow Bücher liefern, ohne sie zu bezahlen. Er bezahlte sie auch trotz mehrfacher Mahnungen nicht und als 1916 die Spaltung erfolgte, spielte er eine große Rolle in dem damaligen Vorstande Eberlein, Frasseck, Freigang. Als sich der Kassierer des Kreises Teltow-Beeskow an den Ortsverein wegen der Bezahlung der Bücher wandte, teilten ihm Frassecks Genossen mit, daß er mit Recht nicht mehr zu zahlen brauche. So ist Frasseck geradezu auf den jetzt von ihm gegangenen Weg gewiesen worden.

Gegen die Pogromhetze.

Der preußische Minister des Innern weist gegenüber der antisemitischen Flugblatthetze die Polizeibehörden darauf hin, daß sie nach dem Reichspreßgesetz befugt und verpflichtet sind, zu Gewalttätigkeiten erregende Druckschriften zu beschlagnahmen, sofern die dringende Gefahr besteht, daß bei Verzögerung der Beschlagnahme die Anreizung ein Verbrechen oder Vergehen unmittelbar zur Folge haben werde. Im Falle der Beschlagnahme einer Druckschrift aus eigener Entschließung sind die Akten spätestens binnen 12 Stunden an die Staatsanwaltschaft abzusenden.

Zum Potsdamer „Artillerie-Großtag" werden Gegendemonstrationen der Arbeiter angekündigt. Wir machen darauf aufmerksam, daß noch keinerlei bindende Beschlüsse irgendwelcher Art gefaßt worden sind. Die zuständigen Organisationen werden bis zum Sonnabend sich noch äußern, bis dahin hat niemand das Recht, auf dem Rücken der Arbeiter „Aktionen" vorzubereiten.

Eine gute Antwort. Auf eine deutschnationale Anfrage wegen der Vergebung staatlicher Druckarbeiten in Ostpreußen hat der Minister des Innern geantwortet: „Die Vergebung der Druckarbeiten für das Polizeipräsidium in Königsberg i. Pr. an die verfassungstreue Hartungsche Druckerei entspricht an den mindestfordernden Verlag der „Ostpreußischen Zeitung", welche die Republik, ihre Diener und Einrichtungen bekämpft, kann nur gebilligt werden, um so mehr, als dabei die Grundsätze der Sparsamkeit beachtet und die fiskalischen Interessen gewahrt worden sind.

Die Paßbarrieren gegen Deutschösterreich sollen nun doch etwas niedriger gemacht werden. Zunächst will man die peinliche Prozedur in Passau, Salzburg und Kufstein etwas menschenwürdiger gestalten, was aber Umbauten, Beamtenvermehrung usw. erfordern soll. Man erwägt sogar Kontrolle im Zug. Der Grenz- und Ausflugverkehr soll erleichtert werden.

Das Protokoll der Berliner Konferenz. Im Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung erscheint in den nächsten Tagen das vom Reunerkomitee der Konferenz herausgegebene authentische Protokoll der internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Es ist 52 Seiten stark und wird zirka 25 M. kosten.

Der Proteststreik.

Die Werke im Notbetrieb.

Das Ausbleiben der Straßenbahn in den frühen Morgenstunden machte die Bevölkerung Berlins zuerst mit der Tatsache des gestern beschlossenen Proteststreikes bekannt. Der erhöhte Ansturm auf Hochbahn, Omnibus und Stadtbahn, die in gewohnter Weise verkehrten, setzte um so unvermittelter ein und die Arbeitsstätte konnte oft nur mit erheblicher Verspätung erreicht werden. Nur zwischen Steglitz und Rollendorfplatz bzw. Zoologischer Garten verkehrten einige Wagen, die von Arbeitswilligen geführt wurden und die den von den privaten Elektrizitätswerken Süd-West gelieferten Strom benutzten. Zwischen 12 und 1 Uhr wurde auch das übrige Leitungsnetz mit Strom versorgt, damit die noch auf der Strecke stehenden Wagen in ihre Depopts zurückgefahren werden konnten.

Da eine völlige Arbeitsruhe, besonders in den Gas- und Kraftwerken eine Verlängerung des Streiks infolge der technischen Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme des Vollbetriebes ergeben hätten, blieben starke Abteilungen in den Betrieben zurück. Namentlich die Elektrizitätswerke schränkten die Arbeit der Dampfturbinen und Dynamos nur in geringem Maße ein, so daß große Teile des Berliner Leitungsnetzes unter Strom blieben. Ebenso wurde in den Gaswerken ein Notbetrieb unterhalten. In der Versorgung mit Gas machte sich stellenweise Knappheit bemerkbar, da ein Teil der Gasometer infolge der Arbeitsruhe am 1. Mai nur schwach gefüllt waren. Es dürfte voraussichtlich noch mehrere Tage dauern, bis die Versorgung mit Leucht- und Kochgas infolge der beiden in dieser Woche verloren gegangenen Arbeitstage wieder geregelt ist. Das Fehlen von Gas macht sich besonders in den Krankenhäusern wieder störend bemerkbar. Dagegen hat die Streikleitung einen Ausstand des Pflegepersonals in den Krankenanstalten nicht genehmigt, um die Pflege der Patienten unter allen Umständen sicherzustellen. Ebenso wurde von den Gewerkschaften dafür Sorge getragen, daß die Krankenanstalten mit elektrischem Licht und Wasser ausreichend versorgt werden. Die Wasserwerke arbeiteten im übrigen fast in der gewohnten Weise weiter.

Kein Einsatz der Technischen Nothilfe.

Amtlich wird gemeldet: „Entgegen anders lautenden Nachrichten wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß ein Einsetzen der Technischen Nothilfe nicht erfolgt ist, weil es sich um einen kurz befristeten Streik handelt und infolge der Verrichtung der Notstandsarbeiten durch die Arbeiter selbst, die Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität, wenn auch nur in sehr beschränktem Umfange, gewährleistet ist." Die Meldung, daß Technische Nothilfe eingesetzt werden solle, war von radikaler Seite inzwischen ausgenutzt worden, um für eine Verlängerung des Streiks Propaganda zu machen. Die Gewerkschaften hatten sich jedoch bereits an die zuständigen Stellen gewandt und dort die Versicherung erhalten, daß ein Einsatz der Nothilfe nicht beabsichtigt sei.

Höhere Preise.

Für Briketts, Koks und — Brot.

Die Preiserhöhungen stellen sich jetzt gleich serienweise ein. Wie das Nachrichtenamt des Magistrats mitteilt, ist durch die ab 1. Mai in Wirksamkeit getretene 20prozentige Erhöhung der Bahnfrachten eine entsprechende Heraufsetzung der Kleinverkaufspreise für Briketts und Koks erforderlich geworden. Diese betragen ab 3. Mai: Für Küchen- und Ofenbrand Briketts je Zentner ab Lager 58,55 M., frei Keller 59,55 M., Gaskoks 100,30 M., 101,30 M., bei fuhrenweiser Lieferung Briketts 59,50 M., Gaskoks 100,30 M., Westfälischer Schmelzkoks 110,60 M., Lichtenberger Schmelzkoks und Berliner Kammerofenkoks 110,20 M., Oberschlesischer und Niederschlesischer Schmelzkoks 112,30 M., Sächsischer Hüttenkoks 111,40 M.

Im Anschluß an die Erhöhung der Kohlenpreise vom 20. April dieses Jahres und die seit der letzten Brotpreisfestsetzung erfolgte Steigerung der Preise für Salz und Hefe erhöht sich auch der Brotpreis vom 8. Mai ab um 20 Pf. auf 15,40 Mark.

•

Ueber die Teuerung bei Hausrat und Kleidungsstücken hat das Statistische Reichsamt Berechnungen aufgestellt, die für die Kriegsentschädigungen bestimmt, aber von allgemeiner Bedeutung sind. Setzt man die Kosten für Hausrat 1915 auf 1, so waren sie in der ersten Hälfte 1918 auf 2,3 gestiegen. Der „Frieden" hatte sie schon im vierten Viertel 1921 auf 25,6 gesteigert. Seitdem sind sie im Januar und Februar auf 29,5 gestiegen. Bei den Kleidungsstücken waren die Preise 1918 auf 6,8 gestiegen, 1921 auf 27 und seitdem im Januar und Februar 1922 auf 36,1. Für eine Gesamtausstattung mit Hausrat und Kleidung ergibt sich eine Steigerung auf 30,8. Im einzelnen beträgt sie für Teppiche, Bettvorleger, Decken usw. 66,8, Betten 53,8, Knabenkleider 50,4, Lampen 47,1, Trikotagen 45,9, Mädchenkleider 44,6, Leibwäsche für Knaben 40,9, Hauswäsche 40,5, Steingut und Porzellan 40,3, Frauenkleider 39,1, Glasgeschirr 38,8, Spiegel 37,8, Leibwäsche für Männer 36,9, Gardinen 34,9, Männerkleider 34,4, Uhren 31,5, Leibwäsche für Frauen 30,6, Stahl, Eisen und Blechgerät 29,5, Küchenmöbel 28,6, Leibwäsche für Mädchen 27,5 Schuhzeug für Erwachsene 26,3, Emaillegeschirr 24,5, Besen und Bürsten 22,8, Stubenmöbel 22,7, Holzgerät 20,6, Schuhzeug für Kinder 18,6, Metallgerät 17,3.

Millionenschiebungen bei der Eisenbahn.

Vor dem Schwurgericht hatten sich der Zigarrenhändler Suhr und der Eisenbahnassistent Schwedhelm zu verantworten, die sich zusammengetan hatten, um mit „großen Schiebungen" ganze Eisenbahnsendungen zu unterschlagen.

Schwedhelm, dem als Eisenbahnbeamten die Frachtbriefavise zugänglich waren, änderte in dem Frachtbrief die Namen des ursprünglichen Empfängers mit roter Tinte in „Suhr" ab, drückte den Amtsstempel dazu und fügte den Vermerk „Infolge nachträglicher Verfügung des Versenders amtlich geändert" mit seiner Namensunterschrift bei. Auf Grund des so abgeänderten Frachtbriefes wurde dem Suhr ein Avis von der Dienststelle durch die Post zugeschickt, mittels dessen letzterer die Ware abholen ließ. Auf diese und ähnliche Weise haben die Angeklagten zahlreiche Kisten mit Ersatz-Zigaretten, Schweizer Stumpen, Wein und Kognak, sowie auch Kisten mit Seidenstoffen, die allein eine halbe Million wert waren, daneben aber auch Posten mit Gobelinstoffen in ihren Besitz gebracht. Die Verteidiger machten vergeblich geltend, daß in der Abänderung der Avise die Fälschung einer öffentlichen Urkunde nicht zu erblicken sei und daß beide Angeklagten infolge schwerer Nervenleiden als stark vermindert zurechnungsfähig zu gelten haben. Die Geschworenen bejahten vielmehr die Schuldfragen auf schwere Urkundenfälschung, Betruges bzw. Amtsverbrechen unter Verneinung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte je 4 Jahre Zuchthaus. Das Gericht erwog, daß es sich um außerordentlich schwere Straftaten handelte, durch die der Fiskus und die Allgemeinheit schwer geschädigt worden sind, und verurteilte den Angekl. Suhr zu 2 Jahren 4 Monaten Zuchthaus, unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft, und 5 Jahren Ehrverlust, den Angekl. Schwedhelm gleichfalls zu 2 Jahren 4 Monaten Zuchthaus, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, 3000 M. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

Kassenscheinprüfung mittels „Lichtblick".

Wie eine leichtgläubige Frau um 30 000 M. betrogen wurde.

Einem zum mindesten originellen Gaunerstreich war die Gastwirtin Gerisch zum Opfer gefallen, welche jetzt als Zeugin in einer Verhandlung des Amtsgerichts Berlin-Mitte erscheinen mußte. Angeklagt wegen Betruges waren der Kaufmann Modka Schwayer und der Schuhmacher Hermann Rosenberg. Die Verhandlung gestattete gewisse kleine Einblicke in das Leben und Treiben der Anwohner der Grenadierstraßengegend, welche im Volksmunde die „galizische Schweiz" genannt wird.

In der Grenadierstraße wurde eines Mittags die Schankwirtin Gerisch von zwei Galiziern angesprochen, ob sie nicht rotgestempelte Tausendmarkscheine mit einem bestimmten Wasserzeichen zu verkaufen habe. Der angebotene Verdienst von 200 M. pro Schein, verlockte die Frau, auf das Geschäft einzugehen, und ohne Wissen ihres Ehemannes nahm sie 30 000 M. in Tausendmarkscheinen und traf sich am Abend mit zwei Leuten, die ihr als angebliche Holländer vorgestellt wurden. Diese nahmen nun mit den 30 Tausendern eigenartige Prozeduren vor, indem sie die Scheine vor ein brennendes Licht stellten und sie ein über das andere Mal hin und her wandten. Zugleich forderten sie die Frau auf, dasselbe Manöver auch mit den in Zahlung gegebenen 300 Hundertmarkscheinen zu machen. Während sich Frau G. bemühte, bei einem Schein, der ihr verdächtig vorkam, den „Lichtblick" — so nannten die „Holländer" jene Prozedur — zu erhaschen, fiel es ihr plötzlich auf, daß es im Zimmer mit einem Male so ruhig war. Sie konstatierte zu ihrem Entsetzen, daß sie sich mit dem einen Hundertmarkschein in der Hand, der zudem wirklich unecht war, allein im Zimmer befand. Die Gauner hatten sich mit dem übrigen echten Gelde mit unglaublicher Fixigkeit empfohlen. Die Zeugin hatte einige Wochen später geglaubt, die „Holländer" wieder zu erkennen und hatte sie festnehmen lassen. Vor Gericht aber wurde sie in ihrer Aussage schwankend, und als sie den Eid leisten mußte, hielt sie, einem Aberglauben folgend, die linke Hand „zur Ableitung" nach unten. „Abschwören nach unten, damit der Eid angeblich nicht gilt, gibt es hier nicht," erklärte der Vorsitzende der „vorsichtigen" Zeugin. Unter Hinweis auf diesen charakteristischen Vorgang und den gelungenen Alibibeweis der Angeklagten, kam das Gericht zu einem Freispruch.

Wichtige Termine für die Elternbeiratswahlen.

1. Die Elternbeiratswahlen an den Berliner Gemeindeschulen finden **Sonntag, den 28. Mai,** in einer fünfstündigen Wahlzeit statt. (An höheren Schulen am 11. Juni.)

2. Vom 30. April bis 14. Mai liegen die Listen der Wahlberechtigten zur Einsicht in den Schulen aus. Deshalb: Listen einsehen! Wahlberechtigt sind diesmal auch Stiefeltern und Pflegeeltern. Einsprüche gegen die Liste können beim Rektor bis zum 21. Mai erhoben werden. Abschriften der Wählerliste können genommen werden.

3. Am 1. bis 4. Mai abends beruft der Rektor die erste Elternversammlung ein. Verlesung der Elternbeiratssatzungen. Bekanntgabe der Zahl der zu wählenden Mitglieder.

4. Vom 14. bis 17. Mai: Einberufung einer zweiten Elternversammlung durch den Rektor. Wahl eines mindestens aus drei Personen bestehenden Wahlvorstandes durch Zuruf oder Abstimmung.

5. Am 18. Mai spätestens: Einreichung der Kandidatenlisten an den Wahlvorstand. Sie müssen mindestens soviel Kandidaten als zu wählende Mitglieder enthalten, ebenso mindestens 10 Unterschriften von Wahlberechtigten. Bei Schulen über 500 Kinder 20 Unterschriften.

6. Einsprüche gegen Kandidatenlisten beim Rektor bis 20. Mai anbringen.

Am 21. Mai spätestens: Veröffentlichung der Kandidatenlisten auf ortsübliche Art.

Die „Kofferfalle" ist der neueste Berliner Verbrechertrick. Mit einem alten Koffer, der leere Flaschen, Lumpen, Bijouterie und dergleichen enthält, lauert ein junger Mann an den Bahnhöfen Reisenden auf, die zur Fahrt in die Stadt die Straßenbahn benutzen. Sieht er, daß ein Fahrgast mit einem Koffer aufsteigt und sich auf die Plattform stellt, so steigt er nach und drängt sich an ihn heran, bis er seinen alten Koffer neben dem des Reisenden zu stehen hat. In einem geeigneten Augenblick verwechselt er dann die Koffer, ohne daß der Fahrgast es merkt, steigt ab und verschwindet mit der Beute. So treibt es der Gauner schon seit einiger Zeit, und es ist ihm schon mancher Koffer mit wertvollem Inhalt in die Hände gefallen. Die Fahrgäste auf der Straßenbahn, besonders die zwischen Anhalter und Stettiner Bahnhof, werden gut tun, auf ihre Koffer zu achten.

Die Berliner Feuerwehr wurde heute nacht um 1½ Uhr nach der Brunnenstraße 79 alarmiert. Dort standen in einer Fabrik Hölzer und Möbel in solcher Ausdehnung in Flammen, daß die 5. Kompagnie stundenlang zu tun hatte und mit mehreren Schlauchleitungen von Motorspritzen und Hydranten Wasser geben mußte. Die Entstehungsursache konnte nicht festgestellt werden. Vermutlich hat das Feuer in der Fabrik stundenlang unbemerkt geschwelt, denn als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, war sie schon total verqualmt.

Unfall einer Artistin im Wintergarten. Bei einem Leiterakt, bei dem 6 Akrobaten, drei Herren und drei Damen, mitwirkten, ereignete sich ein Unfall. Eine der Artistinnen verstauchte sich bei einem Sprung aus einer Höhe von zwei Metern die linke Hand, so daß die übrigen am Weiterarbeiten verhindert wurden. Der Unfall ist jedoch nur leichter Natur.

Gegen die Kürzung der Mittel für die Volkshochschule erhebt die Gewerkschaftskommission einen entschiedenen Protest. Sie erachtet die geplante Sparsamkeit an dieser Stelle für schädlich, um so mehr, als der angeforderte Kredit, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, nur 22 Pf. pro Jahr beträgt. Die Volkshochschularbeit ist ebenso wichtig, wie die Tätigkeit der Gemeinde- und höheren Schulen. Im Namen der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins, die 80 Proz. der Hörer der Volkshochschule stellt, fordert der Ausschuß der Gewerkschaftskommission die volle Bewilligung der verlangten Summe.

Man darf wohl erwarten, daß der Magistrat seine Absicht nicht ausführt und daß, wenn er schon darauf besteht, die Stadtverordnetenversammlung diese Sparsamkeit ablehnt.

Der Schulstreik in Neukölln ist beendet. Die Mehrzahl der Schulkinder nimmt schon wieder an dem Unterricht in den bestreikten Schulen teil. Es sollen nun Verhandlungen stattfinden zwischen den Elternbeiräten, den Vertretern des Provinzial-Schulkollegiums und den zuständigen örtlichen Stellen zur Klärung der ganzen Sachlage.

Die „Unterrichtskurse für Arbeiter" E. V. nehmen in ihren Kursen noch Teilnehmer auf. Gelehrt wird richtig Deutsch sprechen und schreiben und sicher rechnen. Der Kursus kostet für die Dauer von zehn Wochen 8 M. Meldungen werden in der Woche vom 8. bis 13. Mai abends von 7½ Uhr ab in folgenden Schulkolalen entgegengenommen: Montag: Gleimstr. 49, und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 208/10. Dienstag: Gipsstr. 23a und Bochumer Str. 8; und Donnerstag: Niederwallstr. 12.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ziemlich mild und zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenfällen und mäßigen, südwestlichen bis westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Abt. Freitag, den 5. Mai, abends 7½ Uhr, wichtige Sitzung aller Funktionäre, Elternbeiräte und Betriebsvertrauensleute bei Bärwalde, Schlegelstraße 5.

Gewerkschaftsbewegung

Versammlung der SPD.-Gemeindearbeiter.

Gegen die Verschleppungspolitik der USP. und KPD.

Eine Versammlung der SPD.-Gemeindearbeiter, zu der alle auf dem Boden der einheitlichen Arbeit innerhalb der Organisationen stehenden Mitglieder eingeladen waren, tagte am Mittwoch abend in den Andreassälen, um eine Aussprache über die Vorgänge in den letzten Verbandsversammlungen herbeizuführen.

Zunächst kamen die Vorgänge zur Sprache, die sich bei der Demonstration vor dem Rathause abgespielt haben. Von allen Rednern wurde das schroffe Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstranten schärfstens verurteilt. Hierauf wandte sich die Aussprache den Vorgängen im Verbande zu. Es wurde hervorgehoben, daß die SPD.-Genossen stets bereit gewesen sind, die Hand zum Frieden zu bieten, und an ihrer Bereitwilligkeit könne auch jetzt nicht gezweifelt werden. Allein gegen eine Vergewaltigung sich zu wehren sei nicht bloß ihr gutes Recht, sondern auch ihre erste Pflicht. Dieses Recht preiszugeben, sei nicht möglich. — Der Vorwurf, daß sich die SPD.-Mitglieder gegen die Organisation schwer versündigten, indem sie geschlossen die Generalversammlung verlassen hätten, sei ganz unberechtigt; auch von den USP.- und den KPD.-Mitgliedern sei das bei verschiedenen Anlässen schon propagiert und ausgeführt worden. Gerade die SPD.-Mitglieder stellen die Einheit der Organisation obenan, das haben sie wiederholt bewiesen.

Von mehreren Rednern wurde gegen die Verschleppungspolitik der USP.- und KPD.-Stadtverordneten bei der Bewilligung der Deckung für die den Gemeindearbeitern bewilligten Forderungen Stellung genommen. Man sollte nicht lediglich Agitationspolitik bei solchen Gelegenheiten treiben. Gegen die Politik der Verschleppung und Ablehnung der Deckung für die Ausgaben müsse entschieden Front gemacht werden.

Ueberall Ansturm gegen den Achtstundentag.

Mijnheer Aalberse, der niederländische Arbeitsminister, hat der Werft „De Schelde" zu Vlissingen die Erlaubnis erteilt, zunächst bis zum September die Arbeitszeit auf täglich zehn Stunden oder wöchentlich 55½ Stunden zu verlängern, damit der Kreuzer „Java" zum Herbst 1923 fertig wird. Zur selben Zeit soll der Kreuzer „Sumatra" fertig werden, der auf einer anderen Werft gebaut wird. Diese erklärte, den Kreuzer zur festgesetzten Zeit abliefern zu können. Dazu war „De Schelde" nicht imstande und der Schout-by-Nacht (Konteradmiral) der niederländischen Flotte hatte ihr schon gedroht, daß sie keine weiteren Marineaufträge erhalten werde, was bei der infolge des neuen Flottengesetzes in Aussicht stehenden Vermehrung der niederländischen Kriegsschiffe ihrer Leitung natürlich unangenehm gewesen wäre. Flugs fragte sie beim Arbeitsministerium um Ueberstundenerlaubnis an und diese wurde ihr, wie gesagt, bereitwillig erteilt.

Zu einer gemeinsamen Ueberlegung mit den beteiligten Gewerkschaften hatte der Minister keine Zeit! „De Metaalbewerker", das Organ des Niederländischen Metallarbeiterverbandes, erinnert in seiner Nummer vom 8. April den Minister Aalberse an eine Aeußerung, die er zu einer Zeit getan hat, wo er noch Abgeordneter und Befürworter des Achtstundentages war. Am 4. Juni 1919 sagte er in der zweiten Kammer:

„Man sagt: wer die Verkürzung der Arbeitszeit will, muß erst mit Zahlen, mit Tatsachen, mit Statistiken beweisen, daß der Industrie dadurch nicht geschadet wird. Darauf antworte ich: Selbst wenn ich den Beweis nicht liefern kann, so haben Sie den Streit doch noch nicht gewonnen, weil Sie einen noch viel vornehmeren Faktor zu sehr außer acht lassen, nämlich das Lebensglück, das geistige Wohlbefinden und das Familienleben des Arbeiters, und da dies das Schwerste ist, so muß es auch am schwersten wiegen."

Herr Minister Aalberse gehört zu den Klerikalen, und als Abgeordneter hielt er es für notwendig, in Arbeiterfreundlichkeit zu machen.

Der Radikalismus bei den Sattlern.

In den Sophiensälen tagte vorigen Donnerstag eine Generalversammlung des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverbandes. Weyher gab den Kassenbericht. Dann wurde die Wahl der Mitglieder für das Arbeitsnachweiskuratorium vorgenommen. Das Resultat wird noch bekanntgegeben. Die Teilnahme an der gemeinsamen Maidemonstration der Parteien wurde beschlossen. Die Mitglieder schließen sich den in den einzelnen Bezirken zusammengestellten Zügen an. Ein Antrag der Reiseartikelbranche, die Leistung von Ueberstunden künftig zu verweigern, fand einstimmige Annahme. Damit ist der Beschluß vom 29. September 1921, der es einzelnen Mitgliedern in besonderen Fällen gestattet, mit Erlaubnis der Ortsverwaltung nicht mehr als zwei Ueberstunden zu leisten, aufgehoben. Unter „Verschiedenes" wurde in einmaliger Abstimmung beschlossen, zwei Anträge an den 11. Gewerkschaftskongreß zu richten. Der erste richtet sich gegen die Technische Nothilfe als einer „staatlich unterstützten Streikbrecherorganisation" und fordert den Ausschluß aller Gewerkschaftsmitglieder, die sich für die Technische Nothilfe betätigen. Nach dem zweiten Antrage soll der Gewerkschaftskongreß der Regierung Wirth-Bauer sein „schärfstes Mißtrauen" aussprechen. „Er beschließt grundsätzlich, daß der ADGB. sich jeder Koalitionsregierung ablehnend gegenüberstellen muß und daß keiner seiner leitenden Funktionäre, und sei es auch im Auftrage einer politischen Partei, in eine solche Regierung eintreten darf." Schließlich wird die Bildung einer Arbeiterregierung verlangt, die „die Gewähr bietet, daß die Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung gewahrt und die besitzenden Kreise in ausreichender Weise im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen zu steuerlichen Leistungen herangezogen werden". Einem weiteren Antrage, der die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangt — sie soll sich mit den Richtlinien der Gewerkschaftskommission zur Führung von Streiks beschäftigen — wurde stattgegeben.

Vor Beginn der Generalversammlung hatten die Vertrauensleute den Bericht der Lohnkommission, den Müller erstattete, entgegengenommen. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben bei den kürzlich stattgehabten Lohnverhandlungen von ihren ursprünglichen Forderungen zurückgehen müssen. Als äußerstes Gegenangebot sind die Unternehmer bereit, ab 2. Mai für ältere Gehilfen eine Zulage von 2 M. auf den Minimallohn, für Junggehilfen eine solche von 50 Pf., für Näherinnen 1 M. und für ungeübte Näherinnen 50 Pf. zu zahlen. Bei Berücksichtigung aller Umstände empfahl die Lohnkommission, das Angebot zu schlucken. Die Abstimmung ergab eine überwiegende Mehrheit für Annahme. Neue Lohnverhandlungen sollen sofort eingeleitet werden.

. . . genötigt durch Dienstbotennot!

Im Anzeigenteil der „Bodenreform" vom 20. April sucht das Landerziehungsheim Haubinda in Thüringen, „genötigt durch Dienstbotennot, junge Mädchen gebildeter Kreise, nicht unter 18 Jahren, die gegen Bezahlung zu jeder Hausarbeit bereit sind". Es wird gewährt: „Anschluß an Lehrerfamilien, täglich eine wissenschaftliche oder Musikstunde und Teilnahme an abendlichen Musik- und literarischen Vorträgen". — Sowohl das genannte Landerziehungsheim wie die gesamte bürgerliche Welt, die auf Hausangestellte angewiesen sind, würden über eine Dienstbotennot vermutlich überhaupt nicht zu klagen haben, wenn sie auch den „Dienstboten" gewisse Kulturrechte, die selbstverständlich sein sollten, einräumen, d. h. wenn sie Dienstboten nicht mehr als „Gesinde", als Untergebene, sondern als Hausgenossen betrachteten, mit denen ein kameradschaftliches Zusammensein außerhalb der eigentlichen Arbeitszeit sehr wohl möglich ist, ohne daß damit die persönliche Freiheit der Hausangestellten und das Verfügungsrecht über die ihr zustehende Freizeit angetastet zu werden brauchte.

Für den Huteinzelhandel hat der Zentralverband der Angestellten ein neues Tarifabkommen erzielt, das für April neue Gehaltssätze festlegt. Auch in bezug auf Urlaub, Ueberstunden, Aushilfsbeschäftigung, Kündigungen, Entlassungen usw. usw. sind neue Vereinbarungen getroffen, deren Wortlaut aus dem neuen Manteltarif zu ersehen ist, der vom Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7—10, bezogen werden kann.

Auch für Mai sind den Arbeitgebern neue Forderungen eingereicht worden. Die Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien werden in den allernächsten Tagen beginnen. Bericht über das Ergebnis wird den im Huteinzelhandel tätigen Angestellten in einer öffentlichen Versammlung gegeben.

Das Zentralkomitee der sowjetrussischen Metallarbeitergewerkschaft hat verfügt: in privaten und gepachteten Betrieben von nur lokaler Bedeutung kann ein Streik durch das Rayonkomitee mit Bestätigung des Gouvernementsgewerkschaftsrates erklärt werden, in staatlichen Betrieben und Betriebsvereinigungen, die für ein größeres Gebiet von Bedeutung sind, und ebenso in großen konzessionierten Unternehmungen, nur nach Bestätigung durch das Zentralkomitee oder durch das Gebietsbureau der Gewerkschaft; in den zentralen staatlichen Trusts und in den großen Verbänden konzessionierter Unternehmungen kann ein Streik nur durch das Zentralkomitee der Gewerkschaft erklärt werden.

Die Organisationen der österreichischen Staatsangestellten haben der Regierung Lohnforderungen überreicht. Die Lohnbewegung umfaßt 127 000 Verkehrsangestellte, 27 000 Angehörige der Wehrmacht, 21 000 Angehörige der Gendarmerie, der Sicherheits- und Stadtschutzwachen und über 30 000 Beamte. Die Anwesenheit des Bundeskanzlers und des Finanzministers in Genua erschwert die Entscheidung über die Forderungen der einzelnen Verbände, so daß die Gefahr von Ausständen besteht. In den Zentraldirektionen der Bundesbahn haben die deutschnationalen Beamten bereits einen vierundzwanzigstündigen Demonstrationsstreik durchgeführt.

Der Arbeitgeberverband der tschechischen Metallindustrie hat beschlossen, von heute an eine 10prozentige Herabsetzung der Löhne durchzuführen. Die Arbeiterschaft droht mit Gegenmaßnahmen.

Die belgischen Bergarbeiter sind, wie aus Mons berichtet wird, in allen Bergwerksschächten der Borinage infolge der Inkraftsetzung des neuen Tarifs, der die Löhne der gelernten Arbeiter um 12 Proz. und die der ungelernten um 6 bis 7 Proz. herabsetzt, in den Streik getreten.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. Freitag, 5. Mai, nachm. 4½ Uhr: Sitzung der Ortsverwaltung. Um 6 Uhr: Ordentliche Sitzung der erweiterten Verwaltung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 5.

Wirtschaft

Die Wirtschaftslage im April.

Die Berichte, die die preußischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im April dem Handelsministerium erstattet haben, spiegeln den starken Einfluß wider, welchen die Verhandlungen in Genua mit ihren wechselnden Aussichten auf das deutsche Wirtschaftsleben ausüben. Jede Besserung der Mark führte an den Effektenbörsen zu scharfen Kursrückgängen, zumal da die starke Anspannung des Geldmarktes durch den Kreditbedarf des Reichs sowie durch Handel und Industrie in gleicher Richtung wirkte. Aus diesen Gründen wurden die Effektenmärkte auch durch Verschlechterungen der Markbewertung nicht wie früher belebt.

Augenfällig war die Wirkung der Markverbesserung auch im Einzelhandel. Nach anfangs lebhaftem Umsatz setzte hier ein starker Rückgang des Geschäfts ein. Besonders auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels kam es infolge starker Zurückhaltung des Verbrauchs zu beträchtlichen Preisschwankungen, während vielfach, insbesondere bei Industrieartikeln, für die Preiskonventionen bestehen, die Preise noch weiter erhöht wurden. Da Industrielle und Großhändler außerdem gegen Monatsende, als der Umsatz des Einzelhandels schon stark zurückgegangen war, zu verschärften Ablieferungen an diesen schritten, sah sich der Einzelhandel zum Teil vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt.

Auch in die Industrie wurde durch Genua Unsicherheit getragen. In manchen Geschäftszweigen verminderte die Möglichkeit einer Aenderung in der Weltlage den Eingang neuer Aufträge, und Preiserhöhungen, die durch Unkostensteigerungen nahegelegt waren, unterblieben. Die Unkostensteigerung, insbesondere die neuerliche Lohnumwälzung, haben auch den Geldbedarf der Industrie außerordentlich angespannt und das Rentabilitätsverhältnis stark beeinflußt. Gleichwohl bot aber die Industrie im April noch das Bild angespanntesten Geschäftsgangs, der durch beträchtliche Verbesserung des Eisenbahnverkehrs und durch günstigen Wasserstand erleichtert wurde. In einzelnen Geschäftszweigen wurde ein starker Mangel an Facharbeitern fühlbar, zumal da das Baugewerbe aus anderen Geschäftszweigen Arbeiter an sich zog.

Aus den Einzelberichten ist u. a. hervorzuheben:

Die Großeisenindustrie klagt wieder über schlechte Kohlenversorgung, aber auch über Mangel an Kalk. Infolge Knappheit an Roheisen mußten erhebliche Mengen davon vom Ausland bezogen werden. Die Schrotpreise gingen mit der Valutabesserung zurück. Die Großeisenindustrie wird im Ausland bereits von Belgien unterboten. Die Eisenfertigwarenindustrie, die Maschinenindustrie wie auch die Elektrizitätsindustrie waren gut beschäftigt.

Im Textilgewerbe machte sich um die Mitte des Monats ein Rückgang der Kauflust für Baumwollgarne bemerkbar, doch denkt man noch nicht an einen Preisabbau. Die Preise für Wolle und Tuche sind weiter steigend, die Beschäftigung in diesen Zweigen ist sehr lebhaft. Die Leinenindustrie hatte leichten Absatz, in der Wäscheindustrie flauten jedoch die Auftragseingänge merklich ab. Die Lederindustrie ist gut beschäftigt. Auch die chemische Industrie verzeichnet einen ausreichenden Geschäftsgang. Starke Nachfrage war für Zement vorhanden, auch die Glasindustrie war gut beschäftigt. Die Papierindustrie ist noch auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen. Der Auslandsmarkt für Zellulose ist abgeflaut.

Rekordgewinne verteilen die Harburger Eisen- und Bronzewerke A.-G. auch für dieses Geschäftsjahr. Schon im letzten Jahre hatte dieses Unternehmen 146 Proz., davon 100 Proz. in Gratisaktien, zur Ausschüttung gebracht. In diesem Geschäftsjahr nun wirft sie auf das gesamte Aktienkapital 300 Proz., da aber nur die Hälfte des Aktienkapitals eingezahlt ist, auf das eingezahlte Kapital **600 Proz. Dividende aus.** Um über die tatsächliche Höhe der Ausschüttung hinwegzutäuschen, teilt die Gesellschaft mit, es würden 25 Proz. Dividende und 75 Proz. Bonus verteilt. Dieser Gewinn kommt aber bereits auf Kapital zur Verteilung, das heute noch gar nicht eingezahlt ist. Im Jahre 1921, auf das sich die Dividende bezieht, gab es nur für 7 Millionen Aktien des Unternehmens, wovon 3½ Millionen Gratisaktien waren, während die Dividende auf 21 Millionen ausgeschüttet wird. Die Gesellschaft verteilt also für dieses Geschäftsjahr 1½mal soviel Dividende, als sie durch die Kapitalerhöhung an Betriebsmitteln gewinnen will. Hier wird also ganz offenkundig Betriebskapital in den Verbrauch übergeführt.

Rabatte für Sommerbestellungen auf Kali. Im Anschluß an die letzte Kalipreiserhöhung um 34,25 Proz. hat das Kalisyndikat zur Ausnutzung des Eisenbahnwagenparks im Herbst, zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen und Feierschichten während der stillen Zeit, zur Hebung des Kaliabsatzes und um jeden Landwirt rechtzeitig in den Besitz der Kalisalze zu bringen, die er zur Herbstdüngung benötigt, beschlossen, hohe Sommervergütungen zu gewähren, die beispielsweise auf einen Waggon Kalidüngesalz 40 Proz., der bis zum 15. Mai zur prompten Lieferung bestellt wird, 4432 M. beträgt. Angesichts dieser Vergütung erwartet man, daß Landwirtschaft, Händler und landwirtschaftliche Genossenschaften während der sonst stillen Absatzmonate dazu übergehen werden, erhebliche Mengen Kalisalze zu lagern, zumal da sie dadurch vor weiteren Preis- und Frachterhöhungen gesichert sind.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

der

19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 18. Ziehungstag. 3. Mai 1922.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen

2 zu 60000 M 11067
2 zu 40000 M 246868
6 zu 5000 M 61614 139334 264548
132 zu 3000 M 6783 7303 7843 10729 13444 15844 18456 19008 40011 47059 47822 50863 54909 60983 62263 63417 64461 70606 77636 77244 79208 86547 89932 94797 99808 103377 104197 104607 105609 108486 119462 122730 128317 138006 139634 153156 158985 161468 161736 164817 164908 166571 173592 186017 189529 201890 201966 202864 215441 220626 230594 234781 234612 244360 247448 249209 253798 255023 260090 261499 266665 270453 273542 277434 280149 293648
266 zu 1000 M 3178 4936 6526 17440 20000 21095 28655 28030 28334 28412 29384 31288 31309 33103 35211 35896 35896 36660 38353 38707 39059 39927 44964 46890 50131 52562 56111 60660 61094 63432 63490 64095 65236 72306 73441 75780 78766 80272 80951 84269 84383 84454 84730 87422 95333 99158 99486 102632 102860 105328 105845 108191 108766 108928 116629 116789 126895 127451 128594 130236 131033 136172 136868 138539 140670 142420 142752 143072 153175 153480 153556 154639 157098 158601 159142 159566 160602 164630 167257 168296 170602 177349 178049 180375 186882 191877 197075 197104 197665 204430 216516 217126 230082 224116 226257 226370 226612 227612 229315 236863 237386 237827 248634 249791 251611 254394 254920 255095 255926 256884 257330 257981 258508 260226 260439 262001 269553 270449 270526 272108 273241 273518 275070 276611 280781 283875 287511 288782 288906 291639 291433 293775 296928 299772

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 490 Mark gezogen

6 zu 15000 M 270434 288340 288768
6 zu 10000 M 39569 194193 199149
18 zu 5000 M 4647 32557 67677 69408 87112 127300 178570 237245 274932
108 zu 3000 M 1133 1437 2250 5177 7175 7894 7906 11958 31871 32403 43018 45835 58957 66116 76301 82347 82718 84322 86790 105781 109091 122713 127604 161954 162210 163302 166076 172194 173056 174766 186308 187072 193398 200164 202902 203056 204432 210909 211378 213338 216351 222690 224983 230054 234475 236467 240181 260282 260945 266313 285083 292164 296617 296858
338 zu 1000 M 2147 6366 6462 6704 6848 9723 13103 16483 17161 17773 18520 19708 19761 20028 20704 24807 27558 27939 28898 30028 30977 32708 34046 34288 39901 43036 43310 44384 44853 47824 49375 49357 49466 50499 51013 54393 57283 59666 60223 61418 62919 66601 71282 74196 79240 82098 83204 87190 87293 87939 89640 91851 94818 97877 99303 99600 102198 103088 103774 105290 105823 107073 107833 113463 116844 117245 118580 118720 120368 122003 124198 128050 129043 130380 130846 131292 134146 134272 134463 134987 136187 138732 140129 142480 149204 151380 151667 153608 155494 160817 160085 160270 164161 164263 166061 166562 166019 166091 170688 174446 175220 177601 178832 187642 188187 188268 189775 189376 191097 192338 196084 200236 200731 201951 203780 203433 203434 206803 208530 208614 209216 211064 211602 213027 214249 216780 220527 221237 222681 226780 226963 227033 228128 230740 231061 232316 232482 234354 236781 237764 241827 244909 249797 249498 250120 251374 251626 252578 256066 258144 258097 260958 26 834 272841 276484 278094 280911 281432 284434 286062 286065 287971 288892 289283 292178 294366 296920 299563

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Bekanntmachung.
Allgemeine Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend.
Zu der am **Donnerstag, 18. Mai, nachm. 5 Uhr,** im Restaurant von Ziege in Berlin-Adlershof, Bismarckstr. 29 (am Marktplatz) stattfindenden 165/3
ordentlichen Ausschußsitzung
lade ich die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber hiermit ein.
Tagesordnung:
1. Wahl des Ausschußvorsitzenden.
2. Abnahme der Rechnung des Vorjahres.
3. Sonstige Kassenangelegenheiten.
Als Legitimation ist der in Händen habende Ausweis in der Sitzung vorzulegen.
Adlershof, den 3. Mai 1922.
Der Kassenvorstand.
Max Knappe, Vorsitzender.

Vom Beter zum Kämpfer
von Nik. Osterroth
Ernste u. heitere, aber immer von frischem Sturmgeist, von köstl. Humor durchwehte Schilderungen einer Proletarierjugend.
Preis 10 Mk.
Buchh. Vorwärts
Bln. SW. Lindenstr. 3

Brillanten
Platin-, Gold-, Silber-
Sachen, Uhren und Ketten
kaufe zu höchsten Auslandskursen.
Eig. Werkstätt. Ank. m. Rückkaufsrecht.
Juwelier S. Podiwin
Alte Schönhauser Str. 25
an der Münzstraße.

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 33. Tel. 909.
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Viele Anerkennungen u. Dankschreiben

Bote 14—16 jährig
verlangt
Redaktion des „Vorwärts"
Lindenstr. 3

Spezial-Arzt Dr. Scotti f. Haut- u. Geschlechtsleid.
Syphilis-, Salvarsan-Kur ohne Quecksilb.
Veralt. Harnleid., Schwäche. Glänz. Erfolg.
Blutuntersuchung. Im ältest. Löser-Instit.
Dir.: Löser senior 9—1, 4—8 Sonnt. 9—1
Rosenthaler Str. 69/70, sehr Pl. Damenz. separ.

Zahn-Atelier für modernen Zahnersatz
H. Knapp vorm. Feuker
Sprechstunden 9—1, 3—6, Sonnt. 10—12
Kottbuser Damm 70/71. Tel: Mpl. 7827

Buchhdl. Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 3
Sonntage eines Großstädters in der Natur
Von
Kurt Grottewitz
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
br. 10 M., geb. 14 M.

Metallbettstellen

stets in
großer Auswahl
und in
jeder Preislage
H. Wartenburg Charlottenstr. 15 an der Zimmerstr.